



Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Stadtplanungsausschuss	24.01.2019	öffentlich	Bericht

**Betreff:**

**Leerstand und Zweckentfremdung von Wohnraum  
Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 26.10.2017  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.06.2018**

**Anlagen:**

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 26.10.2017  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.06.2018  
Sachverhalt  
Satzung der Landeshauptstadt München über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum vom 05.12.2017  
OBM-Schreiben vom 21.03.2018 an die SPD-Fraktion und deren Schreiben vom 25.01.2017  
OBM-Schreiben vom 20.06.2017 an die SPD-Fraktion und deren Schreiben vom 25.04.2017

**Bericht:**

In der Vorlage werden u.a. die frühere und heutige Rechtslage und Praxis der Stadt zum Thema Wohnraumzweckentfremdung, die Voraussetzungen des Erlasses und Wirkungen einer Zweckentfremdungssatzung und die Erfahrungen anderer Städte mit einem solchen Instrument dargelegt und die beiden Anträge beantwortet.

Die Verwaltung bereitet derzeit den Entwurf einer Wohnraum-Zweckentfremdungssatzung vor.

**1. Finanzielle Auswirkungen:**

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)
- Ja
- Kosten noch nicht bekannt
- Kosten bekannt

<u>Gesamtkosten</u>	€	<u>Folgekosten</u>	€ pro Jahr
		<input type="checkbox"/> dauerhaft	<input type="checkbox"/> nur für einen begrenzten Zeitraum
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

**Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?**  
 (mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt,  
 ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja  
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

### 2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)  
 Ja  
 Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans  
 Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)  
 Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

### 2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja  
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

### 3. Diversity-Relevanz:

- Nein  
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Das Thema Wohnen betrifft zwar grundsätzlich alle gesellschaftlichen Gruppierungen, mit dem vorliegenden Bericht werden jedoch keine spezifischen Prozesse angestoßen.

**4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:**

**RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

